Austerität tötet!

Blockupy lässt sich nicht mundtot machen



Foto: Lisabeth Hoff

Inhalt

1 EUR 50

2012 hatte Blockupy es zwar geschafft, in Europa als widersprechende Stimme aus Deutschland gehört zu werden. Im Inland aber war lediglich ein leises Raunen zu hören gewesen, dass die Demokratie und das Demonstrationsrecht doch bitte ein wenig ernster genommen werden sollten. Krise? Welche Krise? Und soziale Folgen? Für wen denn? Diese damals noch scheinbar schlüssigen Fragen stimmen 2013 nicht mehr.

Seit einigen Wochen gab es immer wieder Meldungen, dass in Portugal die Jugendarbeitslosigkeit dramatisch ist, in Spanien die Wohnungssituation, in Griechenland das Gesundheitswesen. Blockupy 2013 hat diesen zarten Trend verstärkt. Bereits im Vorfeld der Proteste berichteten viele Zeitungen und auch einige Radiosender inhaltlich über die Folgen der Krisenpolitik. Seit der Pressekonferenz am Montag vor den Aktionen wurde in mehreren Medien zitiert, dass die Austeritätspolitik tötet. Die Internetauftritte auch großer Medien waren inhaltlich gut aufgestellt, das Fernsehen zierte sich zwar, aber selbst in der Bildzeitung war von den dramatischen Folgen dieser Politik für die Menschen in Südeuropa die Rede.

Der aberwitzige Auftritt der Polizei bei der Demonstration am 1. Juni hatte offensichtlich auch den Zweck, den inhaltlichen Streit über die Krisenpolitik hinter einer Gewaltberichterstattung unsichtbar zu machen. Dass dies misslungen ist, ist vor allem der Disziplin aller Teilnehmenden zu verdanken, die den Aktionskonsens in beide Richtungen hin konsequent verteidigten: Wir bleiben bei den zwischen uns abgesprochenen Aktionsformen und wir bleiben alle zusammen. Damit kann die Auseinandersetzung über das autoritäre Krisenmanagement von EU und Bundesregierung auch in der deutschen Öffentlichkeit weitergehen.

Aber die Frage der Demokratie ist damit nicht erledigt. Zwar verteidigen diesmal alle politischen Kräfte links von CDU und FDP Blockupy. Das ist begrüßenswert, aber erst die halbe Miete. Es geht nicht nur darum, dass demokratische Kräfte nicht schweigen, wenn das Versammlungsrecht offensiv kaputtgemacht wird. Es wäre auch nötig, dass sich möglichst viele von ihnen an der inhaltlichen Kritik der autoritären Krisenpolitik allgemein und an Blockupy konkret beteiligen. Da fehlt noch viel. SPD und Grüne haben im Bund wesentliche Maßnahmen der Merkel-Regierung mitgetragen. In Hessen verweigert die SPD im Landtag die Einsetzung des überfälligen Untersuchungsausschusses, und die Grünen regieren in Frankfurt zusammen mit der CDU, ohne deren Ordnungsdezernenten anzugreifen, der schon zum zweiten Mal zeigt, dass ihm das Demonstrationsrecht aber auch gar nichts bedeutet.

Mag sich jemand vorstellen, was wir erwarten müssten, wenn der Widerstand so breit und groß wäre wie in der Türkei?

Werner Rätz, Attac-Koordinierungskreis

Blockupy kommt wieder

Eine Bilanz der Proteste im Juni



Foto: attac.de

Nach dem Aktionstag rund um die Europäische Zentralbank (EZB) am 31. Mai und der Einkesselung der Demonstration am 1. Juni sind alle Beteiligten im Blockupy-Bündnis und in Attac dabei, die Ereignisse auszuwerten. Für eine definitive Bilanz ist es sicher noch zu früh. Aber wir haben einige Attacies, die vor Ort waren, nach ihren persönlichen Eindrücken und Einschätzungen gefragt.

Hanni, Du warst bei den Vorbereitungen von Anfang an dabei. Sind Deine Erwartungen erfüllt worden?

Hanni Gramann: Insgesamt kann ich auf drei eindrucksvolle Tage der gemeinsamen Aktionen und des gemeinsamen Widerstandes zurückblicken. Zwei Punkte möchte ich dabei besonders herausstellen: Die in einem längeren Prozess sorgfältig vereinbarten Konsense haben wie im Vorjahr gehalten, sowohl in den verschiedenen Blockaden und ungehorsamen Aktionen als auch im Zusammenhang mit der Demonstration. Spaltungsversuche in so genannte gewaltfreie, gewaltbereite, gewaltentschlossene und gewaltsuchende Aktivisten sind an dem höchst heterogenen Bündnis abgeprallt. Das ist keine Selbstverständlichkeit bei einem Bündnis, das von Friedensinitiativen über Gewerkschaftsgruppen bis hin zu linksradikalen Zusammenschlüssen reicht. Blockupy geht gefestigt, entschlossen und verstetigt aus den Protesttagen hervor. Unserem Ziel, Teil einer europäischen Bewegung zu werden, sind wir einen weiteren Schritt näher gekommen.

Der zweite wichtige Punkt ist für mich, dass wir es diesmal geschafft haben, in der Vorberichterstattung die inhaltliche Blockade der Medien zu durchbrechen. Und gleich am ersten Aktionstag haben Medien bundesweit thematisiert, dass Blockupy den Widerstand gegen die Verarmungspolitik von Regierung und Troika an den Sitz der EZB trägt – konkret sichtbar gemacht durch die Blockade der Zugänge zur EZB. Der Eingriff am Sonnabend in das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit, in das Recht auf körperliche Unversehrtheit und in die Pressefreiheit – all das wurde in Medienberichten zu Repression und Polizeigewalt breit reflektiert und damit wurde ansatzweise begonnen, die Nervosität der VertreterInnen der herrschenden Krisenpolitik aufzudecken.

Karsten, Hanni hat darauf hingewiesen, dass Blockupy Teil einer europaweiten Bewegung ist. Du warst fur Attac in Athen beim Alter Summit dabei. Wie siehst Du den Zusammenhang zwischen den beiden „Events"?

Karsten Peters: Auf europäischer Ebene spielt Blockupy inzwischen eine kaum zu überschätzende Rolle: Bereits seit den Protesten 2012 fehlen die Aktionen rund um die EZB auf keinem Treffen europäischer emanzipatorischer Initiativen. Auch der Alter Summit, ein relativ neuer europäischer Akteur, an dem fast 200 soziale Initiativen und Gewerkschaften aus ganz Europa beteiligt sind, hat Blockupy 2014 auf die Agenda gesetzt. Mit hoher Wahrscheinlichkeit – die letzten Entscheidungen sind noch nicht getroffen – wird sich der Alter Summit 2014 an Blockupy beteiligen und zudem ein Alternativkonzept für eine Zentralbank vorlegen.

Davon können beide Seiten nur profitieren: Blockupy wird in seiner Wirkung noch europäischer, während der Alter Summit seine genuin europäische Ausrichtung stärker an die Proteste im Land der Krisengewinnler ankoppeln kann.

Also wird voraussichtlich auch 2014 die EZB im Zentrum der Blockupy-Aktionen stehen. Stephan, wofür steht die EZB?

Stephan Lindner: Seit Ausbruch der Finanzkrise ist die EZB an einer gigantischen Umverteilung von Vermögen und Macht beteiligt. Für die Finanzindustrie stellt sie immer größere Beträge zu Vorzugskonditionen bereit, indem sie immer weiter den Leitzins senkt, die Anforderungen an Kreditsicherheiten lockert und die Laufzeiten dieser Kredite zu Vorzugskonditionen verlängert. Gleichzeitig ist sie als Teil der Troika dafür verantwortlich, dass es zu einer immer rigideren Austeritätspolitik kommt. Das an die Banken ausgegebene Geld, das diese vor allem an Besitzer großer Vermögen weitergeben und zur Finanzierung von Kapitalflucht einsetzen, wird bei der Masse der Menschen wieder eingespart. Eine Politik, die tödliche Folgen hat, wie man es am Gesundheitswesen in Griechenland heute sehen kann.

Widersetzt sich eine Regierung in einem Krisenstaat dieser Politik, dann droht die EZB damit, die Banken des betroffenen Landes über Nacht von der Kreditversorgung abzuschneiden, was einen wirtschaftlichen Zusammenbruch zur Folge hätte. All das muss in der Öffentlichkeit noch viel breiter bekannt und diskutiert werden!

Hanni Gramann: Ich hoffe, dass wir es im kommenden Jahr schaffen, mit einer frühzeitigen Mobilisierung noch mehr Leute aus Attac für die Teilnahme an Blockupy und an Aktionen des Zivilen Ungehorsams zu gewinnen. Aber Ziviler Ungehorsam bleibt letztlich immer eine persönliche Entscheidung.

Interview: **Lena Bröckl**

Den Flüchtlingen auf der Spur

Steuerbetrug soll stärker verfolgt werden

Bis vor kurzem beriet die Deutsche Bank auf der Webseite dboffshore.com, wie man mit Steueroasen seine Steuern mindern kann. Doch nun ist die Seite geschlossen und die Beratung findet sich nur noch auf der unverfänglichen Seite db-ci.com. Spätestens mit Offshore Leaks und dem Fall Hoeneß, aber auch schon als vor einigen Jahren Menschen wie Ex-Postchef Zumwinkel als Steuerflüchtlinge enttarnt wurden, hat sich etwas verändert. Staat und Gesellschaft haben ihre Haltung gegenüber Steuerflucht verschärft. Das hat auch zur Folge, dass Maßnahmen dagegen durchsetzbar scheinen, die lange Zeit nur von Organisationen wie Attac gefordert wurden. Doch es bleibt abzuwarten, was den vollmundigen Versprechen aus der Politik tatsächlich folgen wird.



Foto: Boykin Reynolds

Um den Steuerbetrug von Privatpersonen zu verhindern, soll es einen automatischen Informationsaustausch zwischen Staaten zu Kapitaleinkommen von Ausländern geben. Der Austausch ist bereits Realität im Rahmen der EU-Zinsrichtlinie, aber nur für Zinsgewinne von natürlichen Personen. Nun werden eine Reihe von Ausweitungen diskutiert: Luxemburg und Österreich, die bislang nur anonym Steuern abführen, sollen eingebunden werden, außerdem die an Großbritannien hängenden Kronkolonien wie Jersey oder Überseegebiete wie die Kaimaninseln. Auch sollen Drittstaaten wie die Schweiz hinzukommen, was aber ohne vorherige Einbindung aller EU-Staaten kaum erfolgen wird. Schließlich sollen alle Kapitaleinkommen und juristische Personen erfasst werden. Diese schon unübersichtliche Diskussion wird noch komplizierter durch das neue US-Steuergesetz „FATCA". Zu dessen Umsetzung hat Deutschland im Juni ein Abkommen mit den USA geschlossen, demzufolge Kontodaten von Finanzunternehmen automatisch gegenseitig gemeldet werden. Um die Diskussion über den Austausch voranzubringen, beteiligt sich die Attac-Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern auch an der Kampagne „Stoppt Steuerflucht". Bei der Übergabe von über 81.000 Unterschriften an Finanzminister Schäuble im Mai äußerte sich dieser zwar unterstützend, verwies aber auf den andauernden Widerstand von Luxemburg und Österreich.

Weniger positiv ist die Haltung der Bundesregierung zu einer anderen wichtigen Forderung, nämlich der nach einem öffentlichen Register zur Offenlegung der EigentümerInnen und NutznießerInnen von Unternehmen, Stiftungen, Trusts und Ähnlichem. Ein solches Register könnte bei der aktuellen Überarbeitung der EU-Richtlinie zur Geldwäschebekämpfung beschlossen werden. Doch während es jüngst beim G8-Gipfel sogar von Großbritannien unterstützt wurde, sträubt sich das deutsche Finanzministerium nach wie vor.

Bei transnationalen Unternehmen wissen wir auch oft nicht, wo genau sie Geschäfte tätigen und Steuern zahlen. Es braucht deshalb eine länderbezogene Berichterstattung. Die Deutsche Bank zum Beispiel gibt in ihrem Geschäftsbericht offen zu, dass ihr gutes Ergebnis auch auf die „vorteilhafte geografische Verteilung des Gewinns" zurückgeht. Im Bundestag bestritt sie im März dennoch, dass ihre hunderte Steueroasentöchter etwas mit Steuern zu tun haben und wollte keine Details preisgeben. Ab 2015 wird sie aber länderbezogen berichten müssen. So sehen es nämlich neue EU-Gesetze für Banken und Rohstoff-Unternehmen vor. Eine Offenlegungspflicht für alle Unternehmen wurde dagegen kürzlich von der deutschen Regierung und anderen verhindert. Vor dem Hintergrund dieser neuen Dynamik wird allerdings gerade ein neuer Anlauf auf EU-Ebene gemacht, der auch von der Kommission unterstützt wird.

Darüber hinaus muss die Steuervermeidung von Unternehmen direkt angegangen werden. Besonders krasse Beispiele sind Unternehmen wie Apple und Ikea, die ihre Gewinne über Lizenzgebühren und ähnliche Zahlungen in die Niederlande oder die Bermudas verschieben, wo sie dann nicht versteuert werden. Aber auch deutsche Firmen haben viele Tochterfirmen in Steueroasen. Deshalb muss es in Gesetzen und internationalen Abkommen noch viel deutlicher unterbunden werden, dass ein Gewinn nicht oder kaum besteuert wird. Zugleich sollte die Besteuerung von Konzernen langfristig im Rahmen der sogenannten „Unitary Taxation" erfolgen, wo der Gewinn des Gesamtkonzerns im Verhältnis zu den örtlichen Aktivitäten besteuert wird. Erst damit und mit den anderen genannten Maßnahmen könnten Steuervermeidung und Steuerbetrug ein Riegel vorgeschoben werden. Dann müsste auch die Deutsche Bank mehr tun als nur die Namen ihrer Webseiten unverfänglicher zu gestalten.

Markus Henn ist Referent für Finanzmärkte bei WEED (Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung) und Mitglied der Arbeitsgruppe Finanzmärkte und Steuern von Attac.

www.attac.de/steuerflucht

Der Euro ist nicht das Problem

Eine Diskussion in der Linken über die Auflösung der Eurozone ist keine gute Idee

Die politische Linke in Deutschland ist auf dem Weg in eine ebenso unnütze wie problematische Debatte. Selbst bisherige Verfechter einer Korrektur der Geburtsfehler der Gemeinschaftswährung stellen nunmehr den Euro insgesamt in Frage. Eine Erwiderung.



Die Analyse ist unwidersprochen: Der Euro hat nicht zu einer Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union beigetragen, sondern dazu, dass sie sich auseinander entwickeln. Um das zu überprüfen genügt ein flüchtiger Blick auf die Wirtschaftsdaten aus Portugal, Spanien, Griechenland und anderen „Krisenländern". Wer aber behauptet, dass mit der geordneten Abwicklung des Euro die wirtschaftlichen und politischen Machtverhältnisse in der EU quasi ohne weiteres Zutun umgekehrt werden können, übersieht oder verschweigt, dass diese Entwicklung von jenen so gewollt war und ist, die von der Einheitswährung profitieren – allen voran die deutsche Exportindustrie. Es hilft nicht, anstelle des Euro ein Europäisches Wechselkurssystem vorzuschlagen, das – gekoppelt mit Kontrollen für Kapitaltransfers – die wirschaftliche und politische Vorherrschaft Deutschlands bremsen soll. Die Veränderung der Kräfteverhältnisse ist ja gerade die Voraussetzung dafür, dass die Vorschläge überhaupt eine Umsetzungschance haben sollten. Dann könnte es vielleicht gelingen, ein funktionierendes Wechselkurssystem einzuführen, die Zentralbanken der beteiligten Länder und den wahrscheinlich nötigen Nachfolger der Europäischen Zentralbank darauf zu verpflichten, die beteiligten Währungen in diesem System stabil zu halten, übermäßige Wechselkursschwankungen zu verhindern und die Folgen von Devisenspekulationen abzufedern. Nichts spricht angesichts der gegenwärtigen Machtverhältnisse in der EU für den Erfolg einer solchen Perspektive.

Es stellt sich mithin die Frage, ob wir statt einer Großbaustelle – Umbau der Euro-Zone, Änderung der konkreten Politik – eine zweite Großbaustelle eröffnen wollen: Auflösung der Euro-Zone gegen alle existierenden politischen Widerstände, Konstruktion eines emanzipatorischen Projekts gegen nach wie vor vorherrschende Marktgläubigkeit, Ausstattung einer oder mehrerer Zentralbanken mit dem Mandat der Staatsfinanzierung. Verhungert dieser Versuch auf halber Strecke, dürfte die Situation für alle Beteiligten noch sehr viel schmerzhafter werden als die gegenwärtige: Länder wie Griechenland wären auf Jahre von den Finanzmärkten abgeschnitten, ihre wieder eingeführte nationale Währung würde massiv abgewertet, damit würden Exporte erheblich billiger, Importe aber nahezu unbezahlbar teuer: Rohstoffe, Energie, Medikamente, von High-Tech-Produkten wie Computern oder Mobiltelefonen ganz zu schweigen, würden in kürzester Zeit kaum noch geliefert werden. Im Umkehrschluss würde die Exportindustrie in Deutschland zusammenbrechen und die bereits jetzt zu vernehmende Forderung, auch hierzulande müssten die Gürtel enger geschnallt werden, wäre mit sehr viel höherer Wahrscheinlichkeit zu erwarten als der systematische Umbau der Volkswirtschaft durch Stärkung der Binnennachfrage.

Das weiß selbstverständlich auch die deutsche und überhaupt die europäische Exportindustrie und die mit ihr verbundene Politik. Die (west)deutschen Kapitalisten haben nach dem zweiten Weltkrieg konsequent auf den Export als Basis ihres Wiedererstarkens gesetzt und tun das bis heute. Für den Erfolg dieser Strategie ist es essenziell, Zugang zu Weltgeld zu haben, das heißt, dass man zumindest erhebliche Teile seines Exports in eigener Währung abrechnen kann. Das war schon vor der Einführung des Euro für die BRD mit dem DM-Block gegeben, hat mit dem Euro aber einen deutlich größeren Umfang angenommen. Wie wichtig dies dem deutschen Kapital ist, zeigt eine Äußerung des damaligen Bundeskanzlers Helmut Kohl von 1997. Er hatte erklärt, sollte der Euro entgegen den Verabredungen doch nicht eingeführt werden, setze dies die „Frage von Krieg und Frieden in Mitteleuropa" wieder auf die Tagesordnung.

Dieser Großmachtanspruch kann nicht mit Modellen eines ausgedachten Gleichgewichtskapitalismus bekämpft werden. Die deutsche Linke wird nicht darum herum kommen, Politik mitten in einem imperialistischen Land mit einem imperialen supranationalen Gebilde darum herum zu machen. Wenn wir die Verhältnisse in Europa – und weltweit – im Interesse einer sozialen Zukunft für alle verändern wollen, dann dürfen wir nicht auf falsche Bündnispartner setzen. Die aggressivsten Vertreter deutscher Großmachtinteressen warten nur auf einen Zerfall der Eurozone, um völlig ungehindert und ohne jede Rücksicht auf europäische Partner ihren Weg gehen zu können.

Selbstverständlich bedeutet auch der Umbau der existierenden Euro-Zone das Bohren dicker Bretter, aber all die Themen, die dort zu bearbeiten sind, wären auch nach Auflösung der Euro-Zone da. Nur hätten wir es dann zusätzlich mit entfesselten Nationalismen zu tun.

Karsten Peters, Attac-Koordinierungskreis
Werner Rätz, Attac-Koordinierungskreis

Volksentscheid in Berlin

Der Berliner Energietisch kämpft erfolgreich für die Rekommunalisierung der Stromnetze



Der Omnibus für direkte Demokratie übergibt Unterschriften.

Die BerlinerInnen haben dieser Tage ein starkes politisches Signal gesetzt: Der von Attac Berlin mitinitiierte Berliner Energietisch hat in den vergangenen Monaten 265.000 Unterschriften für das Volksbegehren „Neue Energie für Berlin – demokratisch, ökologisch, sozial" gesammelt. Damit ist der Weg für den Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Berliner Stromnetze und über die Gründung kommunaler Energiestadtwerke frei.

Als Ende 2010 die Idee des Berliner Energietischs in kleinem Kreis reifte, war noch nicht abzusehen, welche Dynamik die Initiative entwickeln würde. Mittlerweile umfasst das Bündnis, dass für eine echte und längst überfällige Energiewende in Berlin streitet, mehr als 55 lokale Organisationen und Initiativen aus einem breiten gesellschaftlichen Spektrum. Gerade diese Vielschichtigkeit des Bündnisses ist ein wichtiger Schlüssel zum Erfolg. Das auch bei Attac gelebte Prinzip intensiver Netzwerkarbeit und Konsensfindung ist wesentlich für die konstruktive und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Die Zeit ist reif für eine Wiederaneignung öffentlicher Güter!

Mehr als eine viertel Million Unterschriften und unzählige Gespräche auf der Straße haben gezeigt, dass es längst ein gesellschaftliches Umdenken gibt. Dort, wo die BürgerInnen Politik in die eigenen Hände nehmen, lässt sich erfolgreich Widerstand gegen die großen Privatisierungsorgien organisieren. Ein erfolgreicher Volksentscheid in Berlin könnte auch bundesweit der Debatte um die Rekommunalisierung und die sogenannte Energiewende neue Impulse verleihen. Ein Grund ist: Berlin steht mit diesem Vorhaben nicht alleine da. Auch in Hamburg gab es im vergangenen Jahr ein erfolgreiches Volksbegehren über die Rekommunalisierung der Energienetze. Noch in diesem Jahr stimmen nun diese beiden größten deutschen Städte über die Zukunft Ihrer Energieversorgung ab. In beiden Städten kann es dann heißen: Tschüss Vattenfall!

Im Zuge des Dogmas von Privatisierung und Liberalisierung hatten Hamburg und Berlin seit Ende der 1990er Jahre unter anderem ihre Energienetze verkauft. Seitdem betreibt der schwedische Konzern Vattenfall mit sicheren Renditeerwartungen in beiden Städten u. a. die Strom- und Fernwärmenetze. Wie wichtig es jedoch ist, dass die BürgerInnen die Energieversorgung wieder in die eigenen Hände nehmen, beweist Vattenfall ein ums andere Mal selbst: Ausbau des Tagebaus in der Lausitz, Intensivierung der Braunkohleverstromung, Stromabklemmung tausender säumiger Haushalte und Klage gegen die Bundesrepublik aufgrund entgangener Atomprofite. Das waren nur einige Schlagzeilen, die der schwedische Energiekonzern in den vergangenen Monaten lieferte.

Energiedemokratie: Eine andere Energieversorgung ist möglich!

Zahlreiche gescheiterte Großprojekte haben gezeigt, dass es nicht genügt, allein auf kommunale Strukturen zu vertrauen. Echte Bürgerbeteiligung und umfassende Transparenz lassen sich nur dann umsetzen, wenn direkte und weitreichende demokratische Beteiligungsmöglichkeiten per Gesetz festgeschrieben werden. Hier betritt der Berliner Energietisch mit seinem Gesetzentwurf Neuland. Mit dem Volksentscheid fordert er nichts weniger als die Direktwahl der Mitglieder des Verwaltungsrats von Netzgesellschaft und Stadtwerken, obligatorische EinwohnerInnenversammlungen sowie Initiativrechte für die BerlinerInnen. Überdies sollen klare Transparenzvorgaben gelten. Aus KonsumentInnen und VerbraucherInnen werden damit aktive NutzerInnen, die mitbestimmen, mitgestalten und mitverdienen. Beim Berliner Volksentscheid geht es somit einerseits um konkrete Einflussnahme auf die Energiepolitik mit den Mitteln der direkten Demokratie. Andererseits geht es um die Demokratisierung der Strukturen der Energiewirtschaft selbst.



Startaktion der Unterschriftensammlung, Foto: Frank Schwarz

Jens-Martin Rode und **Thomas Gastmann**, Mitinitiatoren des Berliner Energietischs und aktiv in der AG Energie von Attac Berlin

www.berliner-energietisch.net



Attac-Mäuse in Hamburg, Foto: Lisabeth Hoff



Umverteilen-Kongress, Foto: Sascha Bachmann, echtfotografie.de

Rückblick

19. bis 21. April 2013

Frühlingsfrischer Ratschlag in Leipzig

Viele neu an Attac Interessierte nehmen am diesjährigen Frühjahrsratschlag teil. Der tagt in der Hochschule für Wirtschaft, Technik und Kultur (HWTK) in Leipzig. Im Mittelpunkt der Workshops und Plenen stehen die Themen Umverteilung, Blockupy und Demokratisierung. Abends gibt es Livemusik, Filme und Zeit zum Austauschen in der Galerie KUB.

8. bis 12. Mai 2013

Piratenmäuse und Samba in Hamburg

Zeitgleich mit dem Hamburger Hafen-Geburtstag findet in der Stadtteilschule Walddörfer in Hamburg-Volksdorf die Aktionsakademie statt. Attac-AktivistInnen demonstrieren mit bei der Elbblockade des Bündnisses Gegenstrom13 gegen das Kohlekraftwerk Moorburg und die von Vattenfall geplanten Importe von Kohle aus Kolumbien. Das Hafenfest wird zur politischen Bühne einer beachtlichen Samba-Formation und einer Mäusegruppe aus Pappmaschee, die „ran an den Speck“ d.h. ran an die Milliarden der Superreichen will. Attacies aus Schleswig-Holstein und Hamburg nutzen die Akademie zudem für ein Regionalgruppentreffen.

15. Mai 2013

Plattform „Europa geht anders“ startet

Ende Juni will der Europäische Rat einen Pakt für „Wettbewerbsfähigkeit und Konvergenz“ beschließen und damit die Krisenpolitik der EU in Griechenland, Spanien oder Portugal auf ganz Europa ausdehnen. Dagegen formiert sich Widerstand. So geht die europaweite Plattform „Europa geht anders“ an den Start. Das globalisierungskritische Netzwerk Attac ruft dazu auf, sich der Plattform anzuschließen und den dazu gehörigen Aufruf zu unterzeichnen.
www.europa-geht-anders.eu

22. Mai 2013

Aktion am Brandenburger Tor: „Die Welt dem Geld entreißen!“

Zwei Tage vor Beginn des Kongresses „Umverteilen.Macht.Gerechtigkeit.“ in Berlin ziehen AktivistInnen der Trägerorganisationen, u.a. Attac, mit vereinten Kräften an einem dicken Seil und befreien eine Weltkugel aus dem Geldspeicher von Comicfigur und Multimilliardär Dagobert Duck. Starker Regen macht aus der Aktion ein Abenteuer, nicht alles klappt wie geplant. Doch die Botschaft ist eindeutig: Wir lassen uns von widrigen Bedingungen nicht davon abbringen, uns für eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums einzusetzen!

24. bis 26. Mai 2013

Internationaler Kongress „Umverteilen. Macht. Gerechtigkeit“ in Berlin

Für eine gerechte Vermögensverteilung und einen politischen und sozialen Kurswechsel in Europa – diese Forderung steht am Ende des dreitägigen Umverteilen-Kongresses, den Attac gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbänden in der Technischen Universität Berlin ausgerichtet hat. „Ein Europa, in dem die Menschen ihre Existenzgrundlage gefährdet sehen, wird zwangsläufig scheitern. Doch Europa hat alle Ressourcen, Kraft und materiellen Reichtum, für eine Zukunft in Wohlstand für alle zu sorgen“, heißt es in der Abschlusserklärung.
www.kurzlink.de/AbschlussKongress

31. Mai und 1. Juni 2013

Blockupy: Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes

Die Blockupy-Proteste in Frankfurt am Main sind ein deutliches Signal des Widerstands gegen die europaweite Verarmungspolitik. Mittendrin – auch vorab bei der Organisation – sind viele Attacies. Sie beteiligen sich an der erfolgreichen Blockade der Europäischen Zentralbank und „belagern“ die Deutschen Bank. Hier schlagen Protestierende auf alten Töpfen gegen die „Geschäfte mit dem Hunger“, die das Finanzinstitut mit Agrarrohstoffspekulationen und Landgrabbing betreibt. Auf der Einkaufsmeile Zeil prangern sie die menschenunwürdigen Produktionsbedingungen in der Textilindustrie an. Zudem hat Attac vier Diskussionsveranstaltungen auf die Beine gestellt. Ein Attac-Block läuft in der Blockupy-Demonstration mit, die durch brutale Polizeigewalt gestoppt wird. 900 DemonstrantInnen werden stundenlang eingekesselt, tausende TeilnehmerInnen harren solidarisch mit ihnen aus.

7. und 8. Juni 2013

Alternativgipfel in Athen

Beim Alter Summit arbeiten Gewerkschaften, soziale Organisationen, feministische Gruppen, WissenschaftlerInnen sowie Attac-Netzwerke aus ganz Europa und viele andere zusammen an Alternativen zur gegenwärtigen Kürzungspolitik in Europa. In Athen wird „Ein Manifest der Menschen in Europa“ verabschiedet. Dieser Alternativgipfel ist ein bedeutender Schritt hin zur Formierung einer gemeinsamen Widerstandsfront.
www.kurzlink.de/AlterSummitManifest

15. bis 18. Juni 2013

Solidarität mit den Protesten in der Türkei

Roman Denter vom Attac-Koordinierungskreis reist mit einer internationalen Delegation nach Istanbul, organisiert von der Föderation demokratischer Arbeitervereine Türkei-stämmiger MigrantInnen (DIDF). Er erlebt die gewaltsame Räumung des Gezi-Parks und des Taksim-Platzes durch die Polizei, die versucht, mit Tränengas, Wasserwerfern, Schockgranaten und Gummigeschossen dem bis dahin festivalähnlichen Protest ein Ende zu setzen. „Das Attac-Netzwerk steht auf der Seite



Blockupy-Proteste in Frankfurt am Main, Foto: Lisabeth Hoff



Alter Summit in Athen, Foto: Attac France

der Protestierenden, steht auf der Seite einer Bewegung für Demokratie und Menschenrecht", so Roman Denter.

18. Juni 2013

„TTIP" Nein Danke! Transatlantische Partnerschaft geht anders

Beim G8-Gipfel in Nordirland wird bekannt gegeben, dass die Europäische Union und die USA die Verhandlungen über ein Transatlantisches Handels- und Investitionsabkommen (TTIP – Transatlantic Trade and Investment Partnership) aufnehmen. Anlässlich des Besuchs von US-Präsident Obama in Berlin protestiert das Bündnis UNFAIRhandelbar, dem auch Attac angehört, dagegen mit einer Aktion. DarstellerInnen mit Masken von Barack Obama und Angela Merkel treiben „Handel" miteinander – zu Lasten des Umwelt- und Verbraucherschutzes. Ein Chlor-Brathühnchen, eine Fracking-Giftspritze und ein Trojanisches Pferd springen für die VerbraucherInnen dabei heraus und die „KonzernvertreterInnen" in Businessanzügen reiben sich die Hände.
www.kurzlink.de/Aufruf_TTIPanders

Ausblick

bis 28. Juli 2013

Attac Greifswald organisiert Ausstellung zum Thema Grundeinkommen

Die Attac-Wanderausstellung zum bedingungslosen Grundeinkommen gastiert im Café des Schönwalder Stadtteiltreffs Labyrinth in Greifswald. Die Ausstellung teilt sich in vier Bereiche: Einführung, Erste Anfänge, Auswirkungen und Zukunft. Sie ist geeignet als Einstieg in die Thematik und bietet ebenso zahlreiche Ansätze für einen weiterführenden Einstieg in die Debatten um ein bedingungsloses Grundeinkommen.
www.grundeinkommen-attac.de/ausstellung-grundeinkommen/die-ausstellung

24. bis 28. Juli 2013

Attac-Sommerakademie „Globalisierung 2.0" in Hamburg-Bergedorf

Wer das Attac-Netzwerk und die Attac-Themen kennen lernen, Hintergrundwissen vertiefen, Kontakte ausbauen oder Aktionen unterstützen möchte, kommt zur Sommerakademie. Eine Mischung aus Wissensvermittlung, kreativen Aktionen und Kulturprogramm sorgt für spannende Attac-Ein- und Ausblicke. Workshops und Foren gehen Fragen nach wie: Für welche Wirtschaftsordnung wollen wir streiten? Was hat sich im letzten Jahrzehnt im globalen Maßstab ökonomisch, politisch und sozial verändert? Was sind die Voraussetzungen für wahrnehmbaren Widerstand? Welche Erfolgsbedingungen haben Kampagnen? Zudem gibt es Straßentheater, Filme und Musik. Am Freitagnachmittag besteht die Möglichkeit zur Vernetzung von Regionalgruppen.

15. August bis 5. September 2013

Speakers Tour: Taksim ist überall – Überall ist Widerstand!

Was ist das Neue an der Protestbewegung in der Türkei, welche Akteure sind dabei? Diese und weitere Fragen stehen im Mittelpunkt einer Vortragstour mit AktivistInnen aus der Türkei, die von Attac in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisiert wird. Voraussichtliche Stationen sind Berlin, Hamburg, Düsseldorf und Frankfurt am Main.

23. August bis 1. September 2013

Klimacamp Rheinland: Für ein lebenswertes Klima weltweit

Das Klimacamp geht in die dritte Runde. Alle KlimaaktivistInnen und Umweltbewegte sind eingeladen in Kerpen-Manheim gegen RWE und das Rheinische Braunkohlerevier zu campen, Aktionen zu machen oder sich und andere zu bilden. Anreisen kann man beispielsweise mit der Fahrradtour „Reclaim Power 2013 – Energiekämpfe in Bewegung". Wer sich der Ost-West-Route anschließt, tritt bereits ab 21. Juli vom Klimacamp in der Lausitz aus in die Pedalen. Das unterstützt vom 13. bis 21. Juli im Dorf Proschim am Tagebau Welzow-Süd den Widerstand gegen den nahenden Braunkohletagebau.
www.ausgeco2hlt.de/klimacamp
www.lausitzcamp.info
www.reclaimpowertour.org

14. September 2013

UmFAIRteilen-Aktionstag in Bochum und Berlin

Das Bündnis UmFAIRteilen, dem auch Attac angehört, legt nach. Nachdem die Zivilgesellschaft am 13. April in 100 Städten von Kiel bis Rosenheim, von Aachen bis Bautzen forderte, Reichtum zu besteuern, gibt es eine Woche vor der Bundestagswahl in Bochum und Berlin Demos und kreative Aktionen für eine gerechte Vermögensverteilung. Das Bündnis sammelt außerdem weiterhin Unterschriften für eine dauerhafte Vermögenssteuer und eine einmalige Vermögensabgabe sowie den konsequenten Kampf gegen Steuerbetrug und Steueroasen.
www.umfairteilen.de

11. bis 13. Oktober 2013

Attac-Herbstratschlag

Beim Herbstratschlag werden die inhaltlichen und strategischen Schwerpunkte von Attac für die kommenden Monate festgelegt, die Bundesgremien gewählt und der Haushalt 2014 verabschiedet. Der Ratschlag ist das höchste Entscheidungsgremium von Attac. Zu den Attac-Basistreffen sind auch aktive Nichtmitglieder willkommen. Der Ort wird noch bekannt gegeben.

Mehr Informationen zu den Terminen:
www.attac.de/aktuell/veranstaltungen

Menschen in Attac

Überall ist Taksim, überall ist Widerstand!

Roman Denter war in Istanbul dabei



Internationale Delegation (Roman Denter re.) in „Schutzausrüstung“, Foto: Mehmet Yildiz

Roman Denter (37 Jahre) ist Jurist und Mitglied des Koordinierungskreises von Attac. Am 15. Juni reiste Roman als Teil einer Delegation von 38 VertreterInnen aus sozialen Bewegungen, Parteien, Gewerkschaften und Jugendorganisationen aus mehreren europäischen Ländern nach Istanbul. Die internationale Delegation setzte ein deutliches Zeichen der Solidarität mit der Protestbewegung rund um den Gezi Park am Taksim Platz und versuchte auch schützend einzugreifen.
Wir haben mit Roman über seine Erlebnisse gesprochen.

Roman, Du bist jetzt seit einigen Tagen zurück aus der Türkei. Vorweg: Wie geht es Dir persönlich?

Es geht mir gut – und das ist leider nicht selbstverständlich. Unsere Delegation war vor Ort, als der Gezi Park gestürmt wurde. Der Polizeieinsatz war außerordentlich brutal, es gab viele Schwerverletzte durch Gummigeschosse, Knüppeleinsätze, Tritte, Blendgranaten oder Tränengas. Die Brutalität hielt auch die folgenden Tage an. Wir hatten Glück, dass niemand aus der Delegation ernsthaft verletzt wurde; viele andere hatten weniger Glück. Wir mussten aber auch feststellen, dass unser Status als internationale Beobachter, die sich so auch kenntlich gemacht hatten, der Polizei schlicht egal war.

Wie interpretierst Du diese brutalen Einsätze?

Ich denke, die Polizisten wurden ganz bewusst als „wilder Mob“ eingesetzt. Wenn die Polizei mit dem Wasserwerfer Chemikalien in die Seitenstraßen des Taksim Platzes bläst, anschließend Tränengasgranaten reinschießt – auch bewusst auf die Körper und Köpfe der Menschen – und im Anschluss diejenigen, die noch stehen, mit Gummigeschossen niedermacht – egal ob Protestierende oder nicht – dann ist das das Vorgehen von bewusst von der Kette gelassenen Paramilitärs. Dabei ist die Türkei eins der Länder, die die Europäische Menschenrechtskonvention unterzeichnet haben.
Erdogan hat sich jetzt aber klar in die Tradition von autoritären Regimen gestellt. Die Pressefreiheit wird massiv angegriffen, Sender sollen verboten werden, Journalisten in privaten Sendern haben gekündigt, weil sie der Selbstzensur nicht weiter folgen wollten. Das Versammlungsrecht ist faktisch nicht mehr vorhanden, ebenso wenig das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheitsversorgung. Krankenhäuser wurden beschossen und gestürmt, Menschen aus Krankenbetten heraus verhaftet. Die Regierung handelt gegenüber der eigenen Bevölkerung schlimmer als eine Besatzungsmacht nach internationalem Recht handeln darf.

Konntet ihr eure Arbeit als Delegation so aufnehmen, wie ihr das im Vorfeld geplant hattet?

In mehreren Situationen wurden wir aggressiv von der Polizei angegangen, nicht obwohl, sondern gerade weil wir uns als internationale Beobachter ausgewiesen hatten. Hier hat Erdogans Hetze gegen die „ausländischen Verschwörer“ ihr Ziel erreicht. In einer Situation wurden sogar Mitglieder der Delegation von genau den Polizisten, bei denen sie sich als internationale Beobachter ausgewiesen hatten, anschließend mit Gummigeschossen beschossen. Wir haben aber auch festgestellt, wie wichtig unsere Anwesenheit vor Ort war. Beim Zusammentreffen mit dem Protestbündnis „Taksim Solidarität“ wurde deutlich, dass eine internationale Öffentlichkeit einen Beitrag zum Schutz der Protestierenden vor Erdogan und der türkischen Regierung leisten kann – und dass internationale Solidarität für den Widerstand einer soziale Bewegung einfach unglaublich wichtig ist.

Was hast Du für einen Eindruck von den Protesten mitgenommen?

Ich war von dieser Bewegung, wie sie sich im Protest und auch vor allem im Camp im Gezi Park dargestellt hat, fasziniert. Die Solidarität der Menschen untereinander und aus den Stadtteilen, die sich in allem halfen, kostenfreies Essen, Bibliotheken, Fernsehen und vieles mehr für alle organisierten, Verletzen zu Hilfe kamen, das hat mich nachhaltig beeindruckt. Jeder hat sich nach seinen Fähigkeiten eingebracht und seine Bedürfnisse benannt. Hier war die andere Welt möglich!
Es handelt sich um eine neue Form sozialer Bewegung in der Türkei. An die Stelle einzelner Protestkulturen – Feministinnen, Studierende, Gewerkschaften, Ökologiebewegung, Berufsverbände – ist eine gemeinsame soziale Bewegung getreten. Diese Bewegung zieht ihre Stärke vor allem aus dem Überwinden der Gräben, die diese verschiedenen Milieus bisher trennten, und ihnen stellen sich noch dazu viele junge Menschen zur Seite, die erst jetzt, durch diese Proteste, politisiert wurden.
Die deutschen Medien haben hingegen kaum oder gar nicht über die Forderungen der sozialen Bewegung berichtet. Der Blick auf eine „rückständige Türkei“, wo jetzt eine bürgerliche Protestbewegung endlich nach einer parlamentarische Demokratie nach deutschem Vorbild strebt, ist absolut falsch. Knallharte soziale und ökologische Forderungen werden erhoben und es wird eine purale, partizipative Demokratie gewünscht. Die haben wir hier aber ebensowenig. Deswegen stehen wir auch im Widerstand gemeinsam – gegen die neoliberale Agenda von Erdogan, Merkel und Co. zu Gunsten von Konzernen und Anlegerinteressen der globalisierten Finanzmärkte. Überall ist Taksim, überall ist Widerstand!

Roman, danke für das Gespräch!

Interview: **Jule Axmann**



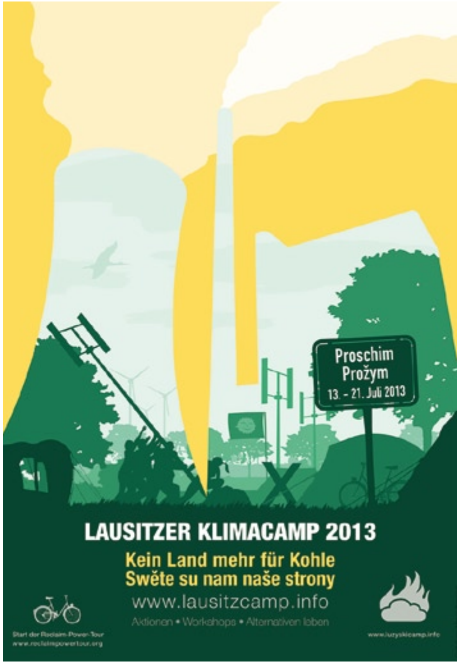
Camp im Gezi Park, Foto: Roman Denter

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.
Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen".
Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter:
069–900 281–10

Kein Land mehr für Kohle

Lausitzer Klimacamp vom 13. bis 21. Juli 2013 in Proschim



Das Klimacamp in der Lausitz findet bereits zum dritten Mal statt. Unsere Attac-Gruppe Cottbus ist wie immer bei den Vorbereitungen mit dabei. Das Camp wird von einer Gemeinschaft von Menschen organisiert, die aus verschiedensten Zusammenhängen und Organisationen kommen.
Das Klimacamp wird in diesem Jahr vom 13. bis zum 21. Juli in Proschim/Prožym am Tagebau Welzow-Süd stattfinden. Naturgemäß ist der Widerstand gegen den Kohleabbau eine der „Baustellen" in unserer Gruppe. Sitzen wir hier doch mitten in einem Gebiet, in dem seit über 150 Jahren Braunkohle über Tage abgebaut wird. In den vergangenen 80 Jahren verschwanden 136 Orte ganz oder teilweise von der Landkarte, verloren 30.000 Menschen ihre Heimat. Wertvolles Erbe, insbesondere der sorbischen Kultur, ist unwiederbringlich verlorengegangen.
Aktuell brennt die Luft besonders heiß „über dem Revier"! Gerade jetzt sollen zwei Braunkohleplanverfahren, eines in Sachsen (Nochten II) und eines in Brandenburg (Welzow Süd II), und im Gefolge noch drei weitere die Landesgremien passieren. Und das obwohl diese Kohlevorräte nachweislich nicht mehr gebraucht werden.
Wir wollen, dass diese gigantischen Umweltsünden ein Ende nehmen. Wir wollen auf dem Camp und mit dem Camp die Verbindung deutlich machen zwischen der lokalen Betroffenheit der Menschen und den globalen Schäden für Mensch, Natur und Klima.

Vom 13. bis 21. Juli finden zahlreiche Workshops statt, die diesem Themenspektrum gewidmet sind. Dabei spielen die Alternativen hinsichtlich Energieautarkie und Energiedemokratie sowie die Wachstumskritik eine große Rolle. Uns geht es um eine Energiewende, die diesen Namen auch verdient!
Neben Workshops und Vorträgen kommt die Kunst und Kultur und das Feiern nicht zu kurz. Und es wird auch Freiraum sein für Ideen und praktische Aktionen, die dem Widerstand gegen fossile Energiegewinnung sinnfällig Ausdruck verleihen.
Von Menschen aus Proschim/Prożym und den umliegenden Orten erfahren wir viel Unterstützung. Lebendiger Ausdruck ist das gemeinsame „Fest der Energiewende" am Sonntag, 14. Juli. Gleich im Anschluss an das Camp startet ab Proschim/Prożym die „Reclaim Power Tour 2013", die quer durch Deutschland an energiepolitischen Brennpunkten Rast macht und im Rheinischen Braunkohlenrevier endet. Dort beginnt dann am 23. August das nächste Klimacamp.

Karin Weitze, Attac Cottbus

www.lausitzcamp.info

Ran an den Speck!

Attac-Kampagne für Umverteilung



Aufmerksame Rundbrief-LeserInnen wissen: Es gibt einfach viel zu viel Geld. Allerdings kaum dort, wo es am Dringendsten benötigt wird. Im Gegenteil, durch die desaströse Krisenpolitik in Europa konzentriert sich der Reichtum sogar noch stärker in den Händen Weniger. Unsere Antwort darauf lautet: Aufklären, protestieren, Druck machen! Wir wollen radikales, solidarisches Umverteilen statt Sozialabbau und Entdemokratisierung! Und haben dazu eine Kampagne gestartet: „Ran an den Speck! Gutes Leben für alle!", kämpferisch in Szene gesetzt von einer wilden Mäusehorde, unseren Maskottchen.
Die Attac-Kampagne wird unser Engagement im breiten Bündnis Umfairteilen begleiten und bietet die Möglichkeit, flexibler und grundsätzlicher zu arbeiten. In den nächsten Monaten werden zahlreiche Attac-Gruppen und lokale Bündnisse verstärkt zum Thema Umverteilen aktiv werden. Ein wichtiger Meilenstein dafür ist der 14. September, der Umfairteilen-Aktionstag zwei Wochen vor der Bundestagswahl – und ein guter Zeitpunkt, um unsere Forderungen mit einer ganzen Heerschar unserer Maskottchen öffentlich präsent zu machen.
Doch auch davor und danach werden unsere Regionalgruppen eigene Aktionen machen und Diskussionen und Vorträge organisieren. Die Absurdität oder gar Grausamkeit der Kürzungspolitik lässt sich am eindrücklichsten anhand der konkreten Beispiele vor Ort aufzeigen: Wie etwa ehemals öffentlich getragene Sozialwohnungen privatisiert und für die Betroffenen unerschwinglich wurden; wie unser Gesundheitssystem immer mehr zum profitorientierten Krankheitssystem umgebaut wird und wie sich Krankheiten und Todesfälle in stärker krisenbelasteten Ländern Europas massiv häufen; wie den kommunalen Haushalten jeglicher Bewegungsspielraum abhandengekommen ist; wie sich Unternehmen und Reiche geschickt der Besteuerung entziehen. Und natürlich: Was gegen all das getan werden muss.
Wir laden herzlich dazu ein, sich mit uns über die Notwendigkeit zum Umverteilen schlau zu machen und aktiv zu werden! Die Kontakte zur nächsten Attac Regionalgruppe sind unter www.attac.de/regionalgruppen zu finden. Nähere Informationen zur Kampagne unter: www.attac.de/umverteilen

Umverteilen

Von oben nach unten – jetzt erst recht!

Zusammen mit vielen Partnerorganisationen engagiert sich Attac für eine gerechte Vermögensverteilung und damit für mehr soziale Gerechtigkeit – zugespitzt formuliert im Motto der Kampagne „Ran and den Speck". Wo der Speck, sprich die Millionen und Milliarden der Superreichen, zu holen ist, dazu finden sich viele interessante Fakten im neuen Basistext „Umverteilen – von oben nach unten".
Der Band zeichnet nach, wie seit dem in den 1970er Jahren angebrochenen Zeitalter des globalisierten, finanzdominierten Kapitalismus eine rasante Umverteilung des Wohlstands von unten nach oben stattgefunden hat. Und das gleich auf vier verschiedenen Ebenen:

- Zunächst auf der Primärebene, auf der die wirtschaftliche Wertschöpfung zwischen Kapital und Arbeit verteilt wird. In der Wirtschaft hat sich die Shareholder-Value-Orientierung durchgesetzt, in der alles den kurzfristigen Profitinteressen der AktionärInnen untergeordnet wird. Das Ergebnis ist eine immer weitere Umverteilung von Löhnen zu Profiten.
- Dann auf der Sekundärebene, auf der der Staat durch Steuer- und Sozialpolitik das primäre Ergebnis korrigiert. Hier wurden im Namen der Standortkonkurrenz Vermögen, Kapitalerträge, Profite und Spitzeneinkommen immer weiter entlastet. Der Preis: höhere Steuern für die breite Masse der Bevölkerung und schlechtere öffentliche Dienstleistungen.
- Drittens auf der Ebene der Finanzmärkte. Deren immer weitere Deregulierung und Internationalisierung hat zahlreiche undurchschaubare Möglichkeiten geschaffen, um aus viel Geld binnen Sekunden sehr viel Geld zu machen.
- Und schließlich, viertens, die globale Ebene: Durch Spekulation mit Nahrungsmitteln, Landgrabbing, Wucherzinsen auf Staatsschulden und ökonomische Ausbeutung wird eine permanente Umverteilung von Süd nach Nord organisiert.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist die Entstehung einer extrem (einfluss-)reichen Finanzelite. Dieses reichste eine Prozent der Weltgesellschaft verfügt über rund 40 Prozent des Gesamtvermögens. Auf der anderen Seite steht jene Hälfte der Weltgesellschaft, die in Armut lebt, jene eine Milliarde Menschen, die Hunger leiden, jene 19.000 Kinder, die täglich sterben, meist an Mangelernährung oder heilbaren Krankheiten. Auch die immer größere Zahl von Obdachlosen, Ausgegrenzten und Abgeschobenen in Europa steht auf dieser Seite.
Im Ergebnis der immer weiteren Umverteilung nach oben steht auch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, die derzeit vor allem als Eurozonen-Krise ihren Ausdruck findet. Es waren die extrem ausgearteten Spitzenvermögen, die in immer aberwitzigere, risikoreichere Finanzgeschäfte investiert wurden und Blasen erzeugten, die dann wieder geplatzt sind und damit 2007 die bisher größte Krise im Zeitalter der neoliberalen Globalisierung ausgelöst haben.



Nun sind es aber nicht die Superreichen, die für den angerichteten Schaden zur Kasse gebeten werden. Im Gegenteil: Die Pfründe der Finanzelite wurden und werden durch groß angelegte Bankenrettungsaktionen auf Kosten der Allgemeinheit gesichert. Die dadurch in die Höhe getriebene öffentliche Verschuldung wird vor allem in der EU zum Anlass genommen, eine gigantische Attacke gegen Sozialstaatlichkeit, öffentliche Beschäftigung und Demokratie durchzusetzen. Der neoliberale, autoritäre Umbau der EU ist in vollem Gange!
Krise und Verteilungsfrage haben also viel miteinander zu tun. Insofern ist auch der Widerstand gegen die vorherrschende Krisenpolitik als Kampf um Verteilungsgerechtigkeit zu verstehen. Ob Madrid, Athen, Lissabon, Frankfurt oder Brüssel. Auf der Straße geht es immer um das gleiche: Die Macht der Finanzelite muss gebrochen werden um echte Demokratie zu ermöglichen und soziale Rechte zurückzuerobern! Eine radikale Rückverteilung von oben nach unten ist möglich. Sie muss erkämpft werden. „Ran an den Speck!"

Bruno Marcon, Mitglied im Attac-Rat
Steffen Stierle, Attac-Projektgruppe Eurokrise



Zum Weiterlesen:
Bruno Marcon,
Steffen Stierle:
Umverteilen: von oben nach unten.
Attac-Basistext 43
Broschiert,
96 Seiten, 7 EUR

www.attac.de/shop

In eigener Sache

Umstellung auf den einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA)

Sie haben es vermutlich schon an anderen Stellen gelesen: Ab Februar 2014 löst das sogenannte SEPA-Verfahren die nationalen Zahlungsverfahren ab. Dieses Zahlungsverfahren betrifft ausnahmslos alle Zahlungsvorgänge – und damit auch alle Überweisungen und Einzüge zugunsten des Attac Trägerverein e. V.

Was bedeutet das für Sie?

Aktuell gibt es zwei Möglichkeiten, Attac finanziell zu unterstützen: zum einen per Lastschrift, zum anderen per Überweisung.
Unterstützung per Lastschrift:
Für Lastschriftverfahren wurden neue Formvorschriften eingeführt, die wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen. Wer Attac bislang per Lastschrift unterstützt hat, wird von uns noch gesondert kontaktiert. Die Umstellungen werden wir für Sie mit so wenig Aufwand wie möglich gestalten.
Unterstützung per Überweisung:
Ab Februar 2014 müssen Überweisungen dem neuen SEPA-Standard entsprechen. Sie benötigen dann Ihre IBAN, sowie die IBAN des Zahlungsempfängers. Bei Überweisungen ins Ausland benötigen Sie zusätzlich die BIC des Zahlungsempfängers.

Was ist die IBAN?

Die IBAN ersetzt Ihre bisherige Kontonummer und Bankleitzahl und setzt sich auch unter anderem aus diesen zusammen. Ihre IBAN erfahren Sie von Ihrer Bank; häufig steht sie schon auf Ihrer EC-Karte, und sie findet sich auch auf Ihren Kontoauszügen.

Der Attac Trägerverein e.V. hat die IBAN DE57430609670800100800

Haben Sie noch Fragen dazu? Unter sepa@attac.de können Sie uns erreichen.

Aus dem Attac-Shop



Arndt Dohmen, Manfred Fiedler, Werner Rätz, Werner Schüßler: Gesundheit ist (k)eine Ware. Attac-Basistext 43

Von der Dominanz der Finanzmärkte über die Realwirtschaft ist auch das Gesundheitswesen betroffen: Der Erzielung möglichst hoher Renditen werden sowohl die Interessen der Patienten als auch die der Ärzte und der anderen Beschäftigten untergeordnet. Und die „Ökonomisierung“ bleibt nicht auf die Angebote medizinischer Leistungen beschränkt. Sämtliche Gesundheits„reformen“ haben durch Zuzahlungen, Praxisgebühren und Einführung von Zusatzbeiträgen zu einer Umverteilung von unten nach oben geführt, weil die zusätzlichen Kosten einseitig zu Lasten der ArbeitnehmerInnen gingen.

Gesundheitsversorgung ist jedoch eine öffentliche Aufgabe und kein Spielfeld für Global Player zur Gewinnmaximierung. Es bedarf daher Sozialer Sicherungssysteme zur Erfüllung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, an deren Finanzierung sich alle BürgerInnen solidarisch beteiligen müssen. Die Autoren dieses Attac-Basistextes setzen sich kritisch mit der Entwicklung des Gesundheitswesens und Alternativen zu Privatisierung und „Ökonomisierung“ auseinander.

Broschiert, 96 S., 7 EUR

Außerdem gibt es im Shop neue stark rabattierte Angebotspakete zu folgenden Themen:

#10 Privatisierung vs. öffentliche Hand
#11 Globalisierungskritische Grundlagen
#12 Gesundheit (u.a. mit dem hier vorgestellten Titel)
#13 Umverteilen

Bestellungen online unter:
www.attac.de/shop
telefonisch unter 069–900 281–10
oder per Fax an 069–900 281–99

Hinweis zur Datenverarbeitung bei Attac

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht.
Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter:
Tel.: 069–900 281–10
E-Mail: info@attac.de
Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.
Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung:
datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt am Main
Tel.: 069–900 281–10
Fax: 069–900 281–99
E-Mail: info@attac.de
Produktion: Attac Trägerverein e. V.
Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl, Frauke Distelrath, Dörthe Krohn, Mike Nagler, Karsten Peters, Werner Rätz, Gabriele Rohmann, Kay Schulze
V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen?
Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069–900 281–10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN
Der CO_2-neutrale Versand mit der Deutschen Post

Für die Stärkung demokratischer Grundrechte!



„Nicht nur in der Türkei, auch in Deutschland müssen das aufgeklärte Bürgertum und seine Kinder die Freiheit der Demonstration immer wieder neu verteidigen," kommentierte Stephan Hebel Mitte Juni in der Frankfurter Rundschau. Tief sitzt nicht nur den Frankfurter JournalistInnen noch der Schreck und die Empörung über den Gewalteinsatz der Polizei bei der Blockupy-Abschlussdemonstration in den Knochen (vgl. Berichte in dieser Ausgabe).

Analogien zum Umgang mit Protestierenden bei Blockupy drängen sich wohl allen Beteiligten auf, wenn Angela Merkel etwa (zu Recht!) sagt: *„Das, was im Augenblick in der Türkei passiert, entspricht nicht unseren Vorstellungen von Freiheit der Demonstration und der Freiheit der Meinungsäußerung."* Selbstverständlich ist nicht das Ausmaß polizeilicher Brutalität und Willkür der Exekutive mit den Vorgängen in der Türkei vergleichbar; in Bezug auf den prinzipiellen Umgang mit Protest täte es aber gut, auch gründlich vor der eigenen Tür zu kehren.

Engagement für Grundrechte und die Verteidigung demokratischer Prinzipien ist ein fest verankertes Thema in Attac. Demokratische Verhältnisse sind die Grundlage für unser politisches Engagement. Ob wir, wie im Fall der Ergebnisse des HRE-Untersuchungsausschusses, Informationen einer breiten Öffentlichkeit zugänglich machen, die wider alle demokratischen Prinzipien unter Verschluss gehalten werden sollten; ob wir uns für die Offenlegung geheimer Privatisierungsverträge stark machen, die unser aller öffentliche Güter betreffen; ob wir im Blockupy-Bündnis juristische Schritte gegen die Verantwortlichen des Polizeieinsatzes einleiten, oder ob wir uns an einer Delegation zum Schutz der Protestierenden in der Türkei beteiligen: Immer steht dabei die Stärkung demokratischer Grundrechte im Fokus.

Dieses Engagement kostet nicht nur Zeit und Energie, sondern auch Geld. Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen, Informationsmaterial, Reisekosten – schnell kommen beachtliche Summen zusammen, wenn wir auch kurzfristig reagieren wollen, wie im Fall der Beteiligung an der Delegation in die Türkei (siehe auch Seite 8). Bitte unterstützt uns dabei, dass wir uns auch weiterhin für demokratische Verhältnisse stark machen können, und spendet, entweder mit Hilfe des unten angehängten Überweisungsträgers oder unter www.attac.de/spenden. **Jeder Betrag ist eine wichtige Hilfe – vielen Dank!**

Beleg/Quittung für den Kontoinhaber

Konto-Nr. des Kontoinhabers

Begünstigter
Attac Trägerverein e.V.

Konto-Nr. des Begünstigten
800 100 800

Kreditinstitut des Begünstigten
GLS Gemeinschaftsbank eG

Betrag: Euro, Cent
EUR

Kunden-Referenznummer
- noch Verwendungszweck (nur für Begünstigten)
RBF1303-S

Kontoinhaber/Einzahler: Name

(Quittung bei Bareinzahlung)

Überweisung/Zahlschein

Den Vordruck bitte nicht beschädigen, knicken, bestempeln oder beschmutzen.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

Bankleitzahl

Begünstigter: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen)
Attac Trägerverein e.V.

Konto-Nr. des Begünstigten
800 100 800

Bankleitzahl
430 609 67

Kreditinstitut des Begünstigten
GLS Gemeinschaftsbank eG

EUR

Betrag: Euro, Cent:

Kunden-Referenznummer - noch Verwendungszweck, ggf. Name und Anschrift des Überweisenden - (nur für Begünstigten)
RBF1303-S

noch Verwendungszweck (insgesamt max. 2 Zeilen à 27 Stellen)

Kontoinhaber/Einzahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

Konto-Nr. des Kontoinhabers

SPENDE

Datum, Unterschrift